Abteilung: 1.1 - Personal
Fachbereich: 1 - Herr Seul
Sachbearbeiter: Frau Weltken (Tel. 02641/975-136)
Aktenzeichen:
Vorlage-Nr.: 1.1/028/2025

Tagesordnungspunkt

Beratungsfolge:	Sitzung am:	ö/nö:	Zuständigkeit:
Kreis- und Umweltausschuss	17.02.2025	öffentlich	Kenntnisnahme

**Prüfung aktueller Umfang flutbezogener Personalbedarf;
Antrag der CDU, SPD, und FDP Fraktionen vom 13.12.2024**

Beschlussvorschlag:

Der Kreis- und Umweltausschuss nimmt den Sachstand zum aktuellen Umfang flutbezogener Stellen und Tätigkeiten in der Verwaltung zur Kenntnis.

Darlegung des Sachverhalts / Begründung:

Um die flutbedingten Personalmehrkosten zu reduzieren hat der Kreistag im Rahmen der Haushaltsberatungen am 13.12.2024 auf Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU, SPD und FDP folgenden Beschluss gefasst:

“Der Kreistag beschließt die Verwaltung zu beauftragen

a) [...]

b) bis zur Sitzung des Kreis- und Umweltausschusses am 17.02.2025 innerhalb der Kreisverwaltung und des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement zu prüfen, auf welchen Stellen in welchem Umfang Tätigkeiten wahrgenommen werden, die einen flut- und wiederaufbaubedingten Zusatzaufwand im Vergleich zur Zeit vor der Flutkatastrophe darstellen und die Ergebnisse in der Sitzung vorzulegen,

c) [...]“

Flutbedingter personeller Mehrbedarf

In der Folge der Flutkatastrophe ist es bei den flutbetroffenen Gemeinden und auch der Kreisverwaltung zu einem erheblichen Aufgabenzuwachs und damit zu einem erheblichen personellen Mehraufwand gekommen. Unmittelbar nach der Flut wurde dieser Mehraufwand insbesondere durch Abordnung von Mitarbeitenden aus anderen Behörden und später durch das Schaffen neuer Stellen mit entsprechenden Einstellungen gedeckt.

Der flutbedingte Mehraufwand wurde und wird laufend dokumentiert. Der aktuelle Stand ergibt sich aus der beigefügten Tabelle, die die einzelnen Tätigkeiten mit dem jeweiligen Umfang auflistet (Anlage).

Aktuell ergibt sich ein flutbedingter Personalmehrbedarf von 35,56 Stellen innerhalb der Kreisverwaltung Ahrweiler und 8,50 Stellen im Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement. Insgesamt beläuft sich der Personalmehrbedarf auf 44,06 Stellen.

Zur weiteren Erläuterung sind in der Tabelle die Aufgaben als hoheitlich bzw. fiskalisch gekennzeichnet. Hoheitliche Aufgaben, wie z.B. baurechtliche oder wasserrechtliche Genehmigungsentscheidungen, dürfen – bis auf wenige Ausnahmen - nicht ausgelagert bzw. an Dritte übertragen werden, da die Erfüllung dieser Aufgaben gesetzlich durch die Kreisverwaltung vorgeschrieben ist. Fiskalische Aufgaben hingegen können ggf. an private Unternehmen vergeben werden, da die Erfüllung sowie die Art und Weise, wie sie erfüllt werden sollen, nicht vorgegeben ist. Dies ist z.B. bei internen Dienstleistungen oder Planungs- und Ausführungsleistungen der Fall. Wie dies im Einzelfall bei Bauherrenaufgaben zu betrachten ist, ist Gegenstand der beauftragten Prüfung durch eine Rechtsanwaltskanzlei.

Finanzieller Ausgleich von flutbedingten Personalmehrkosten

Das Land Rheinland-Pfalz gewährt den flutbetroffenen Kommunen im Kreis Ahrweiler einen pauschalen Ausgleich für den durch die Flutkatastrophe ausgelösten Personalmehrbedarf. Grundlage dafür ist die Richtlinie über die Gewährung staatlicher Finanzhilfen zur Unterstützung der Gemeinden und Gemeindeverbände

im Landkreis Ahrweiler bei der Finanzierung von Personalausgaben aufgrund der Flutkatastrophe vom 14./15. Juli 2021 (Rundschreiben des Ministeriums des Innern und für Sport vom 19. April 2022 in der Fassung vom 29. Oktober 2024).

Der Zweck der Billigkeitsleistung bzw. die Fördervoraussetzungen werden in Nr. 2 der Richtlinie wie folgt beschrieben:

2. Zweck der Billigkeitsleistung, Fördervoraussetzungen

Die Billigkeitsleistung dient Gemeinden und Gemeindeverbänden im Landkreis Ahrweiler sowie dem Landkreis Ahrweiler zum (teilweisen) Ausgleich von finanziellen Belastungen durch die Beschäftigung von notwendigem zusätzlichem Personal oder notwendige sonstige Personalmehraufwendungen zur Bewältigung des zusätzlichen Arbeitsaufwands in allen Bereichen der Verwaltung, insbesondere

- 2.1 im Zusammenhang mit baurechtlichen und planerischen Aufgaben der Instandsetzung bzw. des Wiederaufbaus von kommunalen Einrichtungen,*
- 2.2 im Zusammenhang mit zusätzlichen Anforderungen von Flutopfern an die Verwaltung z. B. in Fragen der sozialen Sicherung (Hartz IV, Grundsicherung, Wohngeld) oder dem örtlichen Ordnungswesen,*
- 2.3 der Wahrnehmung von Querschnittsfunktionen wie Haushalt- und Kassenwesen, Personal, Organisation sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.*

jeweils im Zusammenhang mit der Unwetterkatastrophe vom 14./15. Juli 2021.

Unter die Aufwendungen für zusätzliches Personal fallen

- neben der Besoldung bzw. dem Gehalt von neu eingestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern*
- insbesondere auch Aufwendungen*
 - im Rahmen von Abordnungen,*
 - Personalgestellungen und -bereitstellungen höchstens in Höhe der Leistungen, die bei einer Beschäftigung entsprechender kommunaler Bediensteter angefallen wären,*
 - Verdienstausfallersatz nach § 18 Abs. 4 GemO sowie*
 - Vergütungen für die Beschäftigung von Ruhestandsbeamtinnen und -beamten.*

[...]

Vor diesem Hintergrund hat das Land dem Landkreis seit der Flutkatastrophe nachfolgende Billigkeitsleistungen bewilligt:

- 2021 / 2022 2.006.900 Euro
- 2023 2.439.100 Euro
- 2024 2.648.900 Euro

Das Land hat die weitere Gewährung von Billigkeitsleistungen auch für die Jahre 2025 und 2026 in Aussicht gestellt.

Im Auftrag

Erich Seul
Fachbereichsleiter I

Anlagen zur Vorlage:

Liste flutbedingter Personalmehrbedarf 2025